

**Schriftliche Anfrage betreffend die politische Repräsentation der Wohnbevölkerung und die Möglichkeiten ergänzender Bevölkerungsbefragungen zu Volksabstimmungen**

26.5256.01

1.

Im Kanton Basel-Stadt verfügt ein erheblicher Teil der Wohnbevölkerung über kein Stimmrecht auf kantonaler Ebene. Dazu gehören insbesondere ausländische Einwohnerinnen und Einwohner sowie Jugendliche. Gleichzeitig sind diese Bevölkerungsgruppen von politischen Entscheidungen des Kantons unmittelbar betroffen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Ausmass sich die politischen Präferenzen der stimmberechtigten Bevölkerung von jenen der gesamten Wohnbevölkerung unterscheiden. Verschiedene Staaten, Städte und Forschungseinrichtungen führen regelmässig Bevölkerungsbefragungen durch, um politische Einstellungen und gesellschaftliche Entwicklungen differenzierter abzubilden. Denkbar wäre auch in Basel-Stadt die Durchführung repräsentativer Bevölkerungsbefragungen parallel zu kantonalen oder eidgenössischen Abstimmungen. Dabei könnten Personen, die in Basel-Stadt wohnen, unabhängig von ihrer Stimmberechtigung zu denselben kantonalen und eidgenössischen Vorlagen befragt werden wie die Stimmbevölkerung. Die Ergebnisse könnten wissenschaftlich ausgewertet und den offiziellen Abstimmungsergebnissen gegenübergestellt werden.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gross ist der Anteil der Wohnbevölkerung von Basel-Stadt, der auf kantonaler Ebene nicht stimmberechtigt ist, und wie hat sich dieser Anteil in den vergangenen zwanzig Jahren entwickelt?
2. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat über Unterschiede zwischen den politischen Präferenzen der stimmberechtigten Bevölkerung und jener Bevölkerungsgruppen vor, die nicht über ein kantonales Stimmrecht verfügen?
3. Sind dem Regierungsrat vergleichbare Projekte oder wissenschaftliche Untersuchungen aus anderen Kantonen, Städten oder Ländern bekannt, bei denen die politischen Präferenzen nicht stimmberechtigter Bevölkerungsgruppen zu Abstimmungsvorlagen systematisch erhoben wurden?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat grundsätzlich den wissenschaftlichen und demokratiepolitischen Nutzen einer regelmässigen Erhebung der politischen Präferenzen der gesamten Wohnbevölkerung?
5. Welche Chancen sieht der Regierungsrat darin, politische Positionen von Jugendlichen, ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie weiteren nicht stimmberechtigten Bevölkerungsgruppen zu kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsvorlagen systematisch zu erfassen? Wie beurteilt er die zeitgleiche Publikation solcher Ergebnisse zusammen mit den offiziellen Abstimmungsergebnissen?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Idee, während eines begrenzten Zeitraums – beispielsweise während eines Jahres mit sämtlichen kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsterminen – parallel zu den offiziellen Abstimmungen repräsentative Bevölkerungsbefragungen durchzuführen?
7. Welche rechtlichen, organisatorischen, methodischen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen wären für die Durchführung eines solchen Vorhabens zu erfüllen?
8. Mit welchen einmaligen und wiederkehrenden Kosten wäre ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt verbunden, das während eines Jahres sämtliche kantonalen und eidgenössischen Abstimmungstermine durch repräsentative Befragungen der Wohnbevölkerung begleitet und die Ergebnisse in einem Schlussbericht wissenschaftlich auswertet?
9. Welche Institutionen (z. B. Hochschulen oder Forschungsinstitute) kämen aus Sicht des Regierungsrats für die wissenschaftliche Konzeption, Durchführung und Auswertung eines solchen Projekts in Frage? Könnte die Staatskanzlei mit der Durchführung der Befragungen beauftragt werden?
10. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, die Ergebnisse solcher Befragungen gemeinsam mit den offiziellen Abstimmungsergebnissen zu veröffentlichen und in regelmässigen Berichten wissenschaftlich auszuwerten?
11. Welche Chancen und Risiken sieht der Regierungsrat in einem solchen Instrument als Ergänzung – nicht aber als Ersatz – der bestehenden demokratischen Verfahren?

Johannes Sieber